

# Die Ameise.

erscheint jeden Freitag.  
Vierteljährlicher Abonnement.  
Preis für Nichtmitglieder 90 Pf.  
= 36 Kr. Oesterl. Währ.  
Gredits: C. Rechstraße 2.  
nur Postkarten u. Zeitungen.  
Speditionen nehmen Bestellungen an.

Redakteur: Hugo Volke.  
C. Rechstraße 25.

Abonnement-gebühr für die ge-  
meinliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr.  
Oesterl. Währ. — Arbeitsmarkt  
15 Pf. = 9 Kr. Oesterl. Währ.

für Zustellung v. Ufferten unter  
Schiff durch die Redaktion resp.  
Expedition werden 25 Pf. =  
15 Kr. Oesterl. Währ. als Ver-  
gütung erhoben.

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.  
Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder  
vom  
General-Rath.

Berlin, den 2. Juni 1876.

## Offizieller Theil des Generalraths.

Zur Beachtung für die Herren Ortsklassirer!

Die mehrfach unterlassene Anmeldung des Beitrags von Mitgliedern der Krankenkasse in eine andere Beitragstufe im Abschluß, veranlaßt mich, die Herrn Ortsklassirer zu ersuchen, nebst den An- und Abmeldungen auch derartige Veränderungen des Beitrags im Abschluß zu vermerken.

Gleichzeitig bitte ich, für Prozentsendungen, welche als Aushilfe für die Krankenkasse zurückbehalten werden, eine Quittung einzufordern, in welcher der zurückbehaltene Betrag, als von der Hauptkasse empfangen, durch Unterschrift des Kassiers und des Vorsitzenden bestätigt wird.

Bey, Schatzmeister.

## Protokollauszug aus der 44. Sitzung des Generalraths vom 20. Mai 1876.

Der Vorsitzende Hr. Veny I. eröffnet die Sitzung um 9 Uhr abends. Entschuldigt fehlen die Hrn. Veny II. und Kern, unentschuldigt Hr. Gaspers. Von den Generalrathsherrn ist Hr. Dollmann anwesend. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Wegen Abwesenheit des stellv. Vorsitzenden wird an dessen Stelle Hr. Reichert für den heutigen Abend gewählt. Vor Eintritt in die T. D. erhält das Wort Hr. Venz. Derselbe bringt die Angelegenheit des wissenschaftlichen Gutachtens wieder auf Sprache und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Vorsitzende ihm die Unterschrift für die Liquidation dieses Gutachtens verweigere. Es müsse wohl ein Irrthum hier zu Grunde liegen, weshalb er die Meinung des G. R. hierüber hören möchte. Der Vorsitzende Hr. Veny I. führt nunmehr aus, daß er der Meinung gewesen sei, die Einholung jedweden Gutachtens sei vom G. R. in der 42. Sitz. abgelehnt worden; diese sei der Grund, weshalb er geglaubt habe, die Liquidation für dieses Dokument nicht mit unterschreiben zu können. Wie er sich indessen bis jetzt überzeugt habe, könne der G. R. ein wissenschaftliches Gutachten gar nicht ablehnen, da die Einholung eines solchen durch § 15 des K. u. Begr.-K.-Stat. vorgeschrieben sei. Da er nun glaube, daß ein großer Theil der übrigen Mitglieder des G. R. bei Abstimmung des betr. Viertheitstandes in der 42. Sitz. dieselbe Ansicht gehabt hätten, als handle es sich um Beseitigung jedweden Gutachtens, so mache es sich nöthig, diese Sache recht eingehend zu behandeln, damit Klarheit geschaffen werde und dies umso mehr deshalb, weil diese Angelegenheit schon außerhalb des G. R. und zwar unter den Moabitser Ortsvereinmitgliedern eine trübsame Aussicht hervorgerufen, indem die Ansicht kaum gegriffen habe, der Schatzmeister habe direkt gegen den Abschluß des G. R. ein Gutachten eingeholt, welches durch seinen hohen Kostenpunkt die Kasse schädige.

Im Verlaufe der weiteren Diskussion stellt sich denn auch heraus, daß die Majorität der Mitglieder bei der betr. Abstimmung in der 42. Sitz. sich in vollständigem Irrthum befunden, da einmal durch die betr. Stelle des Protokolls in besagter Sitz. nachgewiesen wird, daß sich die damals von Hrn. Bey festgestellten Anträge nicht mit einer Sylle auf das Hauptgutachten bezogen haben, sondern daß dieselben so deutlich ausgedrückt waren, daß es eigentlich Wunder nehmen mußte, wie ein solches Mißverständnis vorwaltete; andertheils wird durch das K. u. Begr.-K.-Stat. nachgewiesen, daß der G. R. gar nicht das Recht hat, über die Einholung eines wissenschaftlichen Gutachtens, welches den Zweck hat, die Lebens- resp. Nichtlebensfähigkeit der Kasse nachzuweisen, abzustimmen, indem dieselbe durch das Statut vorgeschrieben ist. Auf eine Bemerkung des Generalrathsherrn Hrn. Dollmann, daß es zwar richtig sei, daß der G. R. ein solches Gutachten nicht ablehnen könne, daß es aber auch immerhin ein Fehler des Schatzmeisters sei, dieses Gutachten eingeholt zu haben, ohne vorher erst den G. R. darüber zu befragen, erklärt der Schatzmeister, daß, hätte er nur im Entferntesten geahnt, daß ihm hierüber Opposition gemacht werde, so könnte wohl jeder die Überzeugung haben, daß er erst den G. R. befragt haben würde, zumal ihm gewiß noch Niemand nachreden könnte, daß er sich Pflichtversäumnisse habe zu Schulden

sommen lassen; er habe aber diese Einholung für ganz selbstverständlich gehalten und sei darin durch den G. R. in sofern noch bestärkt worden, als man ihn ganz ruhig die sehr umfangreiche Statistik habe ausarbeiten lassen und ihm schließlich auch noch eine Schreibhilfe zu diesem Zwecke gewährt und die Summe von 15 Mark dafür bewilligt habe. Hierauf wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die für das, laut § 15 des Kranken- und Belegschaftskassen-Statuts vorgeschriebene wissenschaftliche Gutachten eingereichte Liquidation in Höhe von 120 Mark wird vom G. R. genehmigt.“

Es wird sodann die in der vorigen Sitz. abgebrochene Beratung des Hülfekassen-Musterstatus fortgesetzt und die §§ 5 bis insl. 7 erledigt, worauf die Sitz. um 1/2 Uhr geschlossen wird.

Hr. Veny I. Vors. Dr. Meiss. Gen. Sekr. Stromstr. 49.

## Willkür im Reiseunterstützungsvorbande.

Soviel auch schon über die mangelhafte Organisation des Reisegeld-Vorbandes und der daraus entstehenden Unordnung und Willkür geklagt worden ist, so verschiedene Vorschläge bereits zur Abhilfe dieses Übelstandes gemacht wurden, so sind doch bis dato nur sehr vereinzelt Versuche gemacht, durch praktische Reformen dem schlechenden Nebel abzuhelfen. Leider haben derartige reformatorische Versuche, wie sie von Althaldensleben und Berlin gemacht worden sind, in den Personale Deutschlands wenig Nachahmung gefunden und durfte in diesem Umstande die Ursache in immer größerer Willkür und damit verbundener Macht- und Bedeutungslosigkeit des Vorbandes zu suchen sein.

Ein Verkommen neueren Datums zeigt uns recht deutlich die inhaltslose, lückenhafte und unzweckmäßige Form, in welcher der nach Ansicht einzelner Vorredner „wohlbewährte“ Reiseunterstützungsvorband besteht.

Die Regelung der Chodauer Angelegenheit, d. h. die Wiederaufnahme in den Reiseunterstützungsvorband wurde an die verschiedensten Adressen verrieben, doch alle Adressaten wiesen die Sache ab, theils, weil sie mandatos, andertheils wohl auch, weil bei der notorischen Zerfahrenheit in dem so „wohlbewährten“ Vorbande und, vor allen Dingen, bei dem riesigen (?) Interesse, das die Kollegen für ihre eigenen Angelegenheiten an den Tag legen, auf ein erfreuliches Resultat doch nicht zu rechnen war. Durch zwingende Umstände veranlaßt, nahm der Lokalvorband Berlin die Regelung der erwähnten Chodauer Angelegenheit in die Hand und veranlaßte im vorigen Jahre eine allgemeine Abstimmung unter den Mitgliedern des Reiseunterstützungsvorbandes. Das Resultat der Abstimmung, das durch die „Ameise“ und den „Sprechsaal“ zur Kenntnis aller Kollegen gebracht wurde, war im allgemeinen, wie das oben erwähnte Interesse es erwarten ließ, über alle Maßen läufig.

Wohl war das Resultat wieder in soweit ein erfreuliches, als die größeren an den besonders frequentierten Touren gelegenen Personale sich recht lebhaft an der Abstimmung beteiligten. Obchon der lokale Vorband Berlin ohne Protektion von oben, d. h. von Coburg, und ohne Mandat, die fragliche Sache zu regeln suchte, so durfte dieselbe doch wohl erwarten, daß, nachdem das Resultat der Abstimmung zu Gunsten des Chodauer Personals entschieden war und weder vor noch während der Abstimmung irgendemand dem Lokalvorband Berlin das Recht zur Veranlassung der Abstimmung bestritt, daß dann die Personale das Resultat der Abstimmung auch anerkennen würden. Diese Voraussetzung ist leider nicht eingetroffen. Wie in der Regel es diejenigen Personale sind, die während der Verhandlung oder Abstimmung einer Sache entweder aus purer Gleichgültigkeit oder aus Furcht vor der

## Dritter Jahrgang.

bere, den Zeltverhältnissen entsprechendere Form geleitet wird.

Die Besprechungen über die lokalen, sowie über die allgemeinen Interessen der Kollegen in der Fabrik stattfinden zu lassen, hat wie die Erfahrung lehrt, zu den verschiedensten Missbräuchen geführt, und ist dies schon ein Grund, unsre Verhältnisse außerhalb derselben zu regeln. Der Hauptfehler, woran der Kasseunterstützungs-Verband aber erkannt ist, daß überhaupt jede Bestimmung über das Zusammenwirken der einzelnen Verbandsglieder (Personale), sowie über die Leistung des Verbandes fehlt. Dass solch eine kopslose Gestalt auf die Dauer nicht bestehen kann, liegt auf der Hand.

Noch krasser jedoch tritt die Ohnmacht des Verbandes hervor, wenn man sich die Bestimmungen einzelner Personal-Statuten ansieht; da stehen nur zu oft dieselben Bestimmungen, welche durch den ganzen Verband übereinstimmen müssten, mit denen der andern Personale im grellsten Widerspruch. Bestimmungen über eine verhälftige Arbeitsvermittlung kennt man fast garnicht, im Gegenheil hält man solch nützliche Bestimmungen, welche uns sicher viel Geld ersparen könnten, einfach für überflüssig, oder aber gar nach alten und verrosteten Anschaulungen, wie sie noch hier und da auftreten, für Polizei-Maßregeln.

Wenn an Stelle der jehligen Bestimmungen, die hauptsächlich die Verkonsumierung der Freisprechungs-, Einstandsgelder u. s. w. sehr genau feststellen, die Pflichten und Rechte der Mitglieder genauer und in einer etwas mehr wirtschaftlichen Form festgestellt würden, und wenn die lokale Organisation auf gesunden Grundlagen errichtet würde, dann würde sich auch bald das Bedürfnis nach Regelung der allgemeinen Verhältnisse (des Verbandes) herausstellen. Der Anfang zur Herstellung der erforderlichen Ordnung ist von einigen Seiten gemacht und ist es nur zu wünschen, daß die übrigen Personale bald nachfolgen. Wird aber dieser begonnenen Reform nicht das Vertrauen, wie es die Verhältnisse bedingen, entgegengesetzt, so werden die Widersprüche immer deutlicher hervortreten, die Willkür einzelner Personale wird immer mehr um sich greifen, und dürfte dann schließlich, da bereits ein bedeutender Theil der Kollegen sich die Achtung vor selbstgegebenen Gesetzen angeeignet hat, eine entschiedene Sonderung des Elemente zu erwarten sein. So lange noch Hoffnung vorhanden ist, daß innerhalb des Personalverbandes eine Reform der Verhältnisse möglich ist, wäre eine derartige strenge Sonderung der Elemente nicht zu empfehlen. Eine Probe, ob es überhaupt noch möglich ist, die verrotteten Zustände im Verbande reformieren zu können, kann nur in der Weise erfolgen, daß überall die Personale zuerst im eigenen Hause einen ordentlichen Reinigungs-Prozeß vornehmen. Der Bau muß von unten beginnen, prüfen wir daher sorgfältig den Grundstein, ob betriebe noch genug genug ist, ein größeres Gebäude tragen zu können, ist letzteres der Fall, dann greifen wir überall tapfer zu, um den Bau zu fördern, voran aber die Gewerksvereins-Mitglieder. Der Anfang ist aus der Mitte der Gewerksvereins-Mitglieder hervorgegangen, darum muß auch von dieser Seite aus, wo das Bedürfnis nach Ordnung am meisten vorhanden ist, diese Arbeit am eifrigsten weitergeführt werden. S. Bey.

## Geschichte der Thonwaren-Industrie.

Vortrag, gehalten im Kaufmännischen Verein in Potsdam von Dr. H. Seger.

(Fortsetzung.)

Die Hauptmasse der Verbrauchsgeschirre scheint im Mittelalter der Kategorie des Steinzeugs anzugehören, wenigstens sind hiervon die meisten Proben erhalten, was wohl auch zum größten Theil seiner außerordentlichen Dauerhaftigkeit zuzuschreiben ist. Auffallend ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß sich die Produkte fast ausschließlich in einer einzigen Spezialität bewegen, in der Herstellung von Trinkgefäßen, sei es, daß der Drang der Deutschen nach einem fühlenden Trunk die Köpferei sich gerade in dieser Richtung zu entfalten veranlaßte, sei es, daß der für diese Fabrikation zu verwendende feste Thon, welcher im Feuer sehr stark schwundet, technische Schwierigkeiten für die Herstellung starker Gefäße darbot und besonders auf die Herstellung flachen oder frugiformiger Gefäße hinwies.

Die Steinzeugfringe, für welche die Blüthezeit der Fabrikation und des Gebrauchs in die Jahre 1440—1620 fällt, sind meist in gedrungenen Formen ausge-

führt und mit sehr sauber modellirten, in Kupferformen geprästen Reliefs bedekt. Es sind darauf meist Jagd- und Trinkscenen, Turniere, Wappen oder Portraits der Eigentümner oder deren Ahnen, Apostel und Fürsten dargestellt. Die ältesten sind ohne alle Glasur, die späteren mit einem glänzenden Salzanstriche versehen. Die Farbe ist meist perlgrau oder ein lichtes Braun, mit blauer oder violetter, durch Kobalt und Mangan hervorgebrachter Malerei, oft auch noch farbige Emailglasuren. Bei den Trinkgefäßen bilden Deckel und Beschläge von Zinn einen integrierenden Theil der Produkte.

Mit der Entwicklung der holländischen Industrie, namentlich seit der Nachahmung der chinesischen und japanischen Erzeugnisse, welche diese lieferte und mit welchen sie das ganze zivile Europa überschwemmte, verschwand die Steinzeugindustrie Deutschlands, soweit sie Anspruch auf eine künstlerische Behandlung machen konnte und sank auf die Erzeugung reicher Produkte herab, während in geringerem Umfange die Herstellung von Fayence unter französischem Einfluß fortbestehen blieb. Erst in diesem Jahrhundert hat sie wieder, namentlich im s. a. nassauischen Krug und Kannenbäderland, auf dem Plateau des Westerwaldes, neue Bedeutung gewonnen.

In Holland hatte die Fayencemanufaktur frühzeitig Eingang gefunden, doch beschränkte sich dieselbe auf die Herstellung von Fliesen und Wandbekleidungsplatten, Kaminen und großen Tellergeräthen, welche mit landschaftlichen Darstellungen, nach Motiven niederländischer Maler, versehen wurden. Die überseeischen Verbindungen der Holländer waren die Veranlassung, daß diese große Mengen chinesischer und japanischer Porzellane zu Anfang des 17. Jahrhunderts nach Europa einfuhren, und dieser Umstand gab die Veranlassung zu einer Nachahmung derselben in einem großartigen Maßstabe. Der Mittelpunkt dieser Fabrikation war die Stadt Delft, und sollen hier im Jahre 1650 gegen 50 Fabriken bestanden haben. Wenn man auch nicht im Stande war, die chinesischen Porzellane nachzumachen und der hohe Preis des echten Porzellans es nur den Fürsten möglich mache, sich desselben zu bedienen, so war man doch mit einem Surrogate zufrieden, bei welchem die barocken Formen und Dekorationswellen der chinesischen Fabrikate mit der größten Beinlichkeit nachgeahmt waren. Dieses Pseudoporzellan der Delfter Industrie besteht aus einer ziemlich unruhigen, falkhähnlichen Masse, welche mit der weißen und durchsichtigen Zinnemasse der Fayences des Luca della Robbia überzogen war, und in Blau genau nach chinesischen Mustern und unter Nachahmung chinesischer Formen bemalt wurde; so man ahmte die blaue oder gelbe Färbung des echten Porzellans in der Glasur auf.

(Fortsetzung folgt.)

## Das gewohnheitsmögliche Kindermorden.

Von Prof. Dr. Carl Meclam (Leipzig.)

(Fortsetzung.)

Mangel an Vorbereitung und an Kenntnis der richtigen Kinderpflege bei den Eltern ist unzweifelhaft eine der größten und mächtigsten Todesursachen der armen Kleinen. Man glaubt vielleicht, daß dieser Mangel sich leicht ausgleichen ließe. Es gibt ja Arzte. Seder Arzt ist von der Höhe seines Berufes genug durchdrungen und menschenfreudlich genug, daß er einer armen Mutter, welche zu ihm käme, um sich Rathe zu holen, gern und willig und ohne Kosten diesen Rath ertheilt, — die wohlhabende Mutter aber hat im Hausarzte ihren Berather. Wer so denkt und hofft, der kennt nicht die Menschen und kennt nicht die Frauen. Die ärztliche Erfahrung lehrt ganz Anderes. Erstlich fragt von selber kaum jemals eine Frau den Arzt, wie sie am zweckmäßigsten ihre Kinder zu pflegen hat, sondern sie fragt eine Freundin; zweitens aber wird der Rath des Arztes, wenn er es für seine Pflicht hält, ihn unaufgefordert zu ertheilen, kaum jemals beachtet. Was er sagt, gilt als Neuerung, als ein unausführbarer Vorschlag, und man thut, was die Mutter gethan hat oder was die Freundin thut: Die Mutter und die Freundin haben natürlich Medizin studirt und verstehen das Bedürfnis des kindlichen Organismus weit besser zu würdigen, als der Arzt!

Wir wollen ein Beispiel geben. Seit Jahrhunderten sind alle Sachverständigen darin übereinstimmend, und rathen und predigen wie aus einem Munde: daß alle

Kinder gestillt werden sollen, daß die künstliche Ernährung den Kindern schädlich ist. Man sollte meinen, es bedürfe nicht eines Sachverständigen, um dies zu sagen und dies zu wissen. Wozu möchte wohl die gütige Mutter Natur die Milchdrüse bestimmt haben, wenn nicht zur Nahrung des Kindes? Was gäbe es wohl Richtiges, Besseres, Verständigeres, Heilsameres als das Naturgemäße? Muß man ein Sachverständiger sein, um dies zu wissen? Müßte es nicht jede Mutter von selbst, aus eigenem Antriebe und Wunsche, aus unbewußtem Instinkte wählen? Und doch giebt es bereits in Deutschland große Distrikte, in denen Aufspülung mit Milch, Brei und Nutzbeutel Volksstille geworden ist. Diese Volksstille ist nichts anderes als ein gewohnheitsmäßiger Kindermord.

Unsere Leser haben im vorigen Hefte erfahren, daß in denjenigen Ortschaften des Kantons St. Gallen, in denen es Gebrauch ist, die Kinder nicht stillen, sondern aufzufüttern, alljährlich von allen Gestorbenen die Zahl der Kinder, welche im ersten Lebensjahr erliegen, 36 bis 40 p.C. ausmacht, während dagegen in denjenigen Ortschaften, wo es noch Gebrauch ist, daß die Mütter stillen, die Zahl der gestorbenen einsährigen Kinder 14 bis 21 p.C. aller Todten beträgt. Also: zwei Fünftel der Todten sind Kinder von einem Jahre bei künstlicher Fütterung und ein Fünftel bei natürigermäßer Ernährung. Die Sterblichkeit der aufgefütterten und aufgewäppelten Kinder ist noch einmal so groß! Das wissen die Mütter, — das sagen, das schreiben, das rufen die Aerzte, — aber ihre Stimme verhallt, die Kinder werden gemordet. (Schluß folgt.)

## Socialpolitischer Wochenkalender.

London, 24. Mai. Die englische Regierung erklärt offiziell, daß sie sich zu den Beschlüssen der Dreiklangskonferenz ablehnend verhält. Man wird daher eine andere Kur für den „kranken Mann“ in Erwägung ziehen müssen, die schließlich ebensoviel hilft, als alle vorangegangenen.

München, 25. Mai. Das geplante Bündnis der bairischen Ultramontanen mit den Socialisten für die Wahlen ist nur deshalb nicht zustande gekommen, weil die Socialisten zu hohe Bedingungen stellten.

Paris, 26. Mai. In den Räumen der studirenden Jugend spricht es wieder 650 Studenten veröffentlicht einen Protest gegen die Zulassung deutscher Studenten zu dem in Aussicht genommenen internationalen Studentenkongresse. Das Zustandekommen des Kongresses ist dadurch noch mehr als bisher in Frage gestellt.

Berlin, 29. Mai. Ein neuer Streik. Heute war die Sitzung des Herrenhauses beschlußfähig, weil die meisten Mitglieder stillschweigend ihre Pfingstferien angestreten haben. Durch diese Art Abschaltungnahme der Herren vom Herrenhause auf die vorangegangenen satten Mühen des Abgeordnetenhauses ist das Schätzai sämtlicher noch restierender Gesetzesvorschüsse in Frage gestellt.

Konstantinopel, 30. Mai. Nach dem einstimmigen Wunsch der Bevölkerung ist der Sultan entthronnt und der präsumptive Thronfolger zum Kaiser der Türkei proklamirt.

## Vereinsangelegenheiten.

S. Altwasser. In der am 29. April abgehaltenen Personal-Versammlung gelangte der Beschuß des lokalen Kasseunterstützungs-Verbandes Berlin: „Un reisende Mitglieder des Personals Elbhogen so lange kein Kriegsgefang zu zahlen, bis vom genannten Personale das Resultat der Abstimmung in Betreff Chodau anerkannt wird.“ zur Debatte. Im Laufe derselben wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht des Personals Elbhogen gewesen sei, an der Abstimmung über die Wiederaufnahme des Personals Chodau in den Kasseunterstützungs-Verband teilzunehmen oder die Gründe anzugeben, die es davon abgehalten. Da keines von beiden geschehen, so könne das Personal Altwasser, welches sich an der Abstimmung beteiligte, nicht umhin, für das Resultat derselben einzutreten. — In Folge dessen gelangte ein Antrag: „Dem Beschuß des Berliner Kasseunterstützungs-Verbandes beizutreten.“ zur Annahme.

Das Dreher-Personal Altwasser.

Generalrathssitzung (Vorlesung) Sonnab. d. 3. Juni, Nachm. 1½ Uhr, im Wittig'schen Lokale, Thurnstraße 42. C. O.: Berathung des Hülfkassen-Musterstatuts. (Fortsetzung.) Um zahliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

G. Lenz I. Vors. Fr. Weiß, Gen. Sekr.

In unserer Fabrik finden noch einige solide, tüchtige Sidrolithdrehen dauernde Stellung. Extraktum pro Tag M. 3—4. Überstunden extra. Merkelsbach u. Wick, Grenzhausen b. Koblenz. [0,75]